

Redebeitrag am 26.05.2020 am Göttinger Marktplatz

Franziska Grillmeier ist Journalistin und lebt seit 2018 auf Lesbos. Sie schrieb auf ihrem Twitter-Account am 21. Mai 2020:

"Das Ausmaß der Gewalt gegenüber den Geflüchteten in [#Moria](#), die tägliche Demütigung beim Anstehen vor dreckigen Duschen; das Brechen jeder Perspektive vor geschlossenen Bürotüren der Asylbehörde; der stete Zeigefinger zurück ins Camp — lässt einen vor Scham im Boden versinken."

Wenn es darum geht, Kinder aus Moria aufzunehmen, sind sie ganz vorne mit dabei. Die flüchtlingspolitische Sprecherin Luise Amtsberg verlangt beispielsweise ein großzügiges Aufnahmeprogramm und findet die Aufnahme von nur 50 Kindern beschämend. In Thüringen mit "rot-rot-grüner" Regierung scheitert die Aufnahme von bis zu 2000 Geflüchteten angeblich nur an der SPD, die noch auf Seehofers JA warten will.

#LeaveNoOneBehind – diesen Slogan kennt inzwischen jede Person hier.

Wurde von Erik Marquardt im April ins Leben gerufen. Er ist Abgeordneter der Grünen im EU-Parlament, der selbst in Moria vor Ort war und viel von dort berichtet hat. Und die Grüne Bundespartei hat diesen Slogan ganz vorne auf ihrer Website. Ohne Frage: eine wirklich gute Forderung. Vor allem weil es 'no one' heißt und nicht nur 'children without parents'. Also es um alle Geflüchteten geht, und nicht nur um elternlose Kinder. Und auch wir nutzen diese Forderung für unsere Aktionen, weil wir sie richtig finden.

Auch Luise Amtsberg war in Moria vor Ort. Und ich glaube auch ihr, dass sie die Situation dort unmenschlich und schrecklich fand und dass sie deshalb schlaflose Nächte hatte. Aber was sind ihre Forderungen daraus, was sind die Forderungen der Grünen?

Amtsberg forderte eine schnellere Aufnahme im Rahmen der Familienzusammenführung. Sie fordert, Griechenland zu helfen und für eine adäquate Unterbringung, für mehr DolmetscherInnen und psychosoziale Betreuung zu sorgen. Ihr großes Ausrufezeichen sorgt bei uns für große Fragezeichen. Ach so? Und was weiter? Moria bleibt – nur besser?

Und genau das spiegelt die Haltung der Grünen, sie sind immer nur halb dabei.

Schon 2015 wurden diese sogenannten Hot Spots in Italien und Griechenland eingeführt. Als im März 2016 der EU-Türkei Deal vereinbart wurde, dienten diese Hot Spots im Prinzip nur noch als Abschiebelager, nämlich in die Lager in der Türkei, die mit europäischem Geld errichtet wurden. Es war absehbar, dass sich die Lage in diesen Lagern Tag für Tag verschlimmern würde. Im Dezember 2015 haben die Grünen die Einrichtung von diesen Hot Spots unterstützt. Luise Amtsberg sagte, es sei zwingend notwendig, die Aufnahmezentren zu haben, um eine Weiterverteilung organisieren zu können. Und sie forderte eine Stärkung von Frontex, die Agentur für die Außengrenzen Europas. Frontex - die "Agentur", deren Politik zum Inbegriff der sich formierenden Festung Europa geworden ist.

Schon im Februar 2019 kritisierte das Anti-Folter-Komitee des Europarates die Situation in den griechischen Flüchtlingslagern. Daraufhin riefen die Grünen die Regierung zum Handeln auf. Sie forderten Maßnahmen zur Verbesserung der Lage auf den griechischen Inseln. Und damit sind wir wieder bei Luisas Forderungen nach adäquater Unterbringung, mehr DolmetscherInnen, psychosozialer Betreuung.

Unterdessen wurden in Moria und den anderen Lagern immer mehr und mehr Geflüchtete zusammengepfercht (ein anderes Wort fällt mir dazu nicht ein). Statt 3000 waren es dann

irgendwann 20.000 Menschen, die auf engstem Raum leben mussten. Die außerparlamentarischen Rufe nach Auflösung der Lager wurden immer lauter und unüberhörbarer.

Ende Februar eskalierte die Situation, weil Erdogan die Grenze nach Griechenland öffnete. Die Abwehr der Geflüchteten durch griechische Grenzschützer kostete mindestens zwei Menschen das Leben. Dadurch geriet auch die Situation in Moria und den anderen Lagern mehr in den Blick der Öffentlichkeit.

Und was forderten die Grünen? Ein neues Abkommen mit der Türkei und dafür mehr Geld, damit die Geflüchteten z.B. zur Schule gehen können. „Es ist unsere gemeinsame Verantwortung, die EU-Außengrenze nicht unkontrolliert zu öffnen.“

Jürgen Trittin fordert die Türkei auf, nicht länger Menschen in die Zäune zu treiben, denn sonst sollen sie kein Geld mehr bekommen. Auch er möchte eine neue Vereinbarung zum Schutz der Außengrenzen aber mit einer Garantie für rechtsstaatliche Verfahren.

Erst nachdem bei einem Brand in Moria ein Kind gestorben war, forderte Claudia Roth, die Geflüchteten aufs Festland zu bringen, aber nicht ohne den Zusatz, dort ein geordnetes europäisches Verfahren durchzuführen.

Und auch auf der Webseite der Bundesgrünen steht nichts von Auflösung aller Lager. Frontex soll stattdessen für Ordnung sorgen und für Humanität. Wir bräuchten Kontrolle und Registrierung. Und sie fordern humane Erstaufnahmeeinrichtungen an den EU-Außengrenzen. Ordnung und Humanität das kommt bei den Grünen sehr oft vor.

Zusammengefasst: Holt ein paar Flüchtlinge nach Deutschland, damit wieder Ruhe ist.

Ansonsten: Lager an den Außengrenzen und kontrollierte Verteilung für die, die eine Chance auf Asyl haben. Weitere Abschottung der Grenzen, damit keiner mehr nach Europa rein kann, es sei denn geordnet und kontrolliert. Das ist ihre humane Haltung. Denn dann sind die Menschen, die auf der Flucht sind, weit weg. Praktisch interessiert sich dann kaum noch wer für sie. So ist z.B. die Situation der Geflüchteten in den libyischen Lagern immer noch skandalös, unmenschlich und schlicht einfach furchtbar. Die wenigen, die es dort hinaus schaffen und Libyen auf dem Seeweg über das Mittelmeer verlassen können, haben derzeit kaum noch eine Chance einen "sicheren Hafen" lebend zu erreichen.

Italiens Regierung hat die zivilen Rettungsschiffe Alan Kurdi und Aiuta Mari im Hafen von Palermo seit dem 5. bzw. 6. Mai unter fadenscheinigen Gründen festgesetzt.

Die englische Tageszeitung Guardian enthüllte Mitte März, dass es bereits im letzten Jahr immer wieder völkerrechtswidrige Kooperationen zwischen der EU-Militärmission Sophia und der libyschen Küstenwache gab. Dabei wurde nicht das jeweils nächstgelegene Schiff zu einem der in Seenot befindlichen Flüchtlingsboote geschickt, sondern die teils weiter entfernten Boote der mit EU-Mitteln aufgebauten libyschen Küstenwache. Mitglieder dieser Küstenwache sind durch unmenschliches Verhalten gegenüber den Geflüchteten berüchtigt. Abgesehen davon verbringen sie die Flüchtenden nach Libyen zurück, wo es seit Jahren keine Sicherheit für Schutzsuchende mehr gibt. Und zum Teil beteiligen sie sich aktiv an der Geiselnahme dieser Flüchtlinge um Gelder von deren Angehörigen zu erpressen.

In den letzten Wochen wurden darüber hinaus zahlreiche menschenrechtlich verbotene pushbacks seitens der Behörden des EU-Mitgliedsstaates Malta bekannt, die allein an Ostern diesen Jahres 12 Flüchtlinge das Leben kosteten. Dabei geht es nicht nur um das Abdrängen von havarierten Flüchtlingsbooten durch die maltesische Küstenwache. Bereits seit 2017 ist von Malta aus eine Flotte von Privatbooten (eine sogenannte nicht offiziell existierende "Geisterflotte") angeheuert worden, die Flüchtlinge auf der Flucht aus Libyen auf hoher See aufgriffen und der libyschen

Küstenwache übergaben. Nach aktueller Einschätzung der italienischen Zeitung *avvenire* war wohl auch die italienische Regierung zumindest eingeweiht. Die Rolle von Frontex dabei ist derzeit noch unklar. Dass diese Menschenrechtsverletzungen angesichts der Satelliten-, Drohnen- und Flugzeugüberwachung der Fluchtrouten ausgerechnet dieser EU-Agentur verborgen geblieben sein sollen, ist praktisch unvorstellbar.

Auch von den griechischen Inseln werden zuletzt immer öfter Fälle bekannt, bei denen Geflüchtete von der griechischen Küstenwache aufgegriffen werden und dann in winzigen Rettungsinseln, die wie kleine Zelte aussehen, auf dem Meer in der Nähe türkischer Gewässer wieder ausgesetzt werden.

Es wird also rund ums Mittelmeer das Asylrecht außer Kraft gesetzt. Und dies geschieht unter stillschweigender Billigung und teilweise mit offenem Einverständnis der EU-Kommission. Die Bundesregierung glänzt mit Nichtverhalten.

Wenn ihr euch jetzt fragt, warum die Grünen hier nicht laut vernehmbare Proteste erheben angesichts ihrer so menschenfreundlichen Positionen, so frage ich mich das auch.

In meinen Augen scheint sich auch bei dieser Partei viel um Imagepflege zu drehen. Dass 1999 nicht nur Joschka Fischer als Außenminister Teil der Bundesregierung war, sondern auch der Göttinger Bundestagsabgeordnete Jürgen Trittin als Bundesumweltminister, wissen vielleicht heute nicht mehr alle. Fischer führte Deutschland unter dem Motto "Nie wieder Auschwitz" in den ersten Angriffskrieg unter offizieller deutscher Beteiligung seit 1945. Den Bombardements der NATO-Truppen fielen dort ca. 6.500 Zivilpersonen zum Opfer. Noch heute werden z.T. auch aus der Stadt Göttingen Flüchtlinge ins Kosovo abgeschoben. Dorthin, wo die Nato-Truppen uranhaltige Munition einsetzten, so dass heute unter Roma im Kosovo Krebs die Todesursache mit größter Häufigkeit geworden ist.

Es ist nicht bekannt, dass auch deutsche Militärflugzeuge diese Munition dort verwendet haben; doch könnte sich Herr Trittin als damaliges Mitglied der Bundesregierung, das den völkerrechtswidrigen Militäreinsatz mitverantwortet hat, ja vielleicht 20 Jahre danach mal darum bemühen, Licht ins Dunkel der Verwendung von abgereichertem Uran und dessen Spätfolgen zu bringen. Und dafür Sorge zu tragen, dass auch die Abschiebungen nach Kosovo ein Ende finden.

Flüchtlingslager auflösen! Fluchtrouten absichern! Abschiebungen stoppen!
Wer bleiben will, soll bleiben! Rassismus und Faschismus bekämpfen!

Quellen:

twitter Accounts von Franziska Grillmeier ([f_grillmeier](#)) und Alarm Phone ([alarm_phone](#)),
Forschungsgesellschaft Flucht und Migration <https://ffm-online.org/blog/>

<https://www.theguardian.com/world/2020/mar/12/revealed-the-great-european-refugee-scandal>